

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabeorten und Filialen monatl. 3,50 z., mit Zustellgeld 3,80 z. Bei Postbezug monatl. 3,89 z., vierteljährlich 11,66 z. Unter Streifenband monatl. 7,50 z., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postkonten:** Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1347.

Nr. 228

Bromberg, Freitag, den 2. Oktober 1936.

60. Jahrg.

Das Lodzer Thermometer.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Das wichtigste innenpolitische Ereignis der letzten Zeit sind unbestreitbar die eben in Lodz stattgefundenen Stadtratswahlen, bzw. das von den politischen Beobachtern und Sternendruckern mit ungewöhnlichem Interesse erwartete Ergebnis dieser Wahlen. Die gesamte unabhängige öffentliche Meinung ist sich darin einig, daß das Lodzer Wahlergebnis eine ganz bestimmte symptomatische Bedeutung habe. Den Wahlen war ein durch die Behörden nicht gehinderter Wahlkampf vorausgegangen, über den Wahlurnen schwebten bei der Stimmenabgabe keine Wunder wirkenden Geister, die Stimmenberechnung erfolgte mit tadelloser Gewissenhaftigkeit, kurz: es waren alle Vorbedingungen gegeben, die nicht daran zweifeln lassen, daß das Wahlergebnis in der zweitgrößten Stadt Polens eine annähernd richtige Widerspiegelung des realen Kräfteverhältnisses der politischen Lager und Richtungen ist, die in dieser Stadt um den Einfluß auf die Bevölkerung ringen.

Das Wahlergebnis hat mit einer Deutlichkeit, die keinen Zweifel zuläßt, gezeigt, daß nur zwei Hauptorientierungen die Massen beherrschen und daß diese, wenn man sie ihren Willen zum Zusammenschluß realisieren läßt, sich in zwei extremen, in unverwundlicher Feindschaft einander gegenüber stehenden Lagern zusammenschließen. Das eine Lager bilden die Anhänger der marxistischen Weltanschauung und Wertungsweise und alle bürgerlichen Elemente, die sich zum Anschluß an das Klassenkampf-Banner gezwungen sehen, das andere Lager aber bilden die Nationalisten. In Lodz ist der Zusammenschluß aller anti-nationalistischen Elemente unter der Firma der PPS und der Gewerkschaften erfolgt. Diese „Front“, welche den bekannten „Volksfronten“ neuester Prägung nachgeartet ist, hat infolge der gewaltigen Verärgerung, die ihr die Kommunisten und die kommunistische jüdische Intelligenz gebracht haben, 24 Mandate erworben und sich somit über einen zahlenmäßig größeren Anhang ausgewiesen als die polnische nationalistische Front, welche es bloß auf 26 bzw. 27 Mandate gebracht hat und gegenüber dem triumphalen Erfolg bei den vorhergehenden Wahlen eine ansehnliche Einbuße an Einfluß verzeichnen muß.

Diese polnische marxistische Front erweitert sich außerdem durch den jüdischen sozialistischen „Bund“, der über 6 Mandate verfügt. Sofern es sich um die Gesamtopposition gegen das polnische Nationale Lager handelt, so sind noch 3 Mandate des jüdischen Bloßes (Aguda) und 2 Mandate der Zionisten hinzuzurechnen, was im Endergebnis ein Übergewicht von etwa 16 Mandaten über die Wahlresultate des polnischen nationalistischen Lagers ergibt.

Sie Marxisten und Juden — die polnische Nationalisten: Diese Gegenüberstellung ist das hervorragendste Merkmal des durch das Wahlergebnis in Erscheinung getretenen Kräfteverhältnisses der politischen Orientierungen innerhalb der Bevölkerung von Lodz. Das sind zwei ansehnliche Gruppen: der Deutsche Volksbund mit über 13 000 Stimmen, die auf ihn gefallen waren, und die polnische Christlich-nationale Arbeiterfront mit über 11 000 Stimmen infolge einer ungünstigen Wahlgeometrie um die ihnen gebührenden Mandate gekommen sind, ändert nichts am Wesen der grundsätzlichen Gegenüberstellung der zwei Hauptlager.

Eine derartige Gegenüberstellung spricht eine beredete Sprache, deren Eindringlichkeit noch durch die Tatsache erhöht wird, daß die Sanierungsgruppen eine im Verhältnis zum Stimmenerwerb der zwei Hauptlager geradezu lächerlich geringe Stimmenzahl erhalten haben. Die Massen in der zweitgrößten Stadt Polens streben nach zwei entgegengesetzten Richtungen auseinander, während hinter dem bestehenden Regime offensichtlich — wenigstens in Lodz — nicht in Betracht kommende Häuflein stehen.

In Ansehung dieses merkwürdigen Ergebnisses der Volksbefragung (benn als solche stellen sich die Wahlen in die Lodzer Selbstverwaltung dar) erheben sich Fragen auf Fragen, welche breit zu erörtern die oppositionelle Publizistik aller Farben es viel leichter hat als die dem regierenden „Lager“ dienende Presse.

Die Oppositionspresse betrachtet die Zahlen des Lodzer Wahlergebnisses wie die Angaben eines Thermometers über die Temperatur und zieht aus ihnen die entsprechenden Schlüsse.

Der „Kurjer Warszawski“ meint, daß ungeachtet der lokalen Besonderheiten von Lodz — „das, was in Lodz geschehen ist, sich ungefähr ähnlich in anderen polnischen Städten wiederholen könnte“, daß sich nämlich große politische Lager, die, sei es ideenmäßig und organisatorisch selbständige Einheiten, sei es dauerhafte Zusammenschlüsse verwandter Gruppen bilden, einander gegenüberstehen würden. Als den „statistisch wahrhaften Sieger“ in Lodz sieht das Blatt die PPS an; in Wirklichkeit habe aber diese Partei ihren Sieg nicht so sehr einer immens gewachsenen Anziehungskraft auf den polnischen Arbeiter als der Tatsache zuzuschreiben, daß beinahe die Hälfte der jüdischen Stimmen den Sozialisten zugefallen war“. Außerdem seien noch die Stimmen der Kommunisten in Abrechnung zu bringen, um das zu bestimmen, was die PPS auf ihr Separatkonto eintragen dürfe. Im allgemeinen aber stellt das national-lexikale Blatt fest, daß, wenn der Lodzer Wahlspiegel als „ein Thermometer der Stimmungen in den Städten Polens be-

trachtet werden könnte, sowohl die Anhänger des jetzigen politischen Zustandes als auch die Vorkämpfer tieferer Änderungen im Lande Stoff zum Nachdenken hätten.“ Zugleich macht das Blatt die Bemerkung, daß in Anbetracht der Gegebenheiten, welche Lodz zum Bewußtsein bringt, das Problem einer Mono-Partei wahrhaftig als leere Fiktion erscheinen müsse.

Der „Goniec Warszawski“ verweist auf die Frontänderung, welche die Juden vollzogen haben, indem sie von der Sanierung ins sozialistische Lager übergegangen sind. „Man wird — schreibt das Blatt — mit dem Bestreben der Juden, die Kräfte des Sozialismus in Polen zu steigern, rechnen müssen. Heute träumen bereits die Juden von der Ersetzung des Sanierungsregimes durch ein Regime der Volksfront.“

„Die Lodzer Wahlen — heißt es weiter — haben die Kraft der anti-jüdischen Losungen erwiesen, deren sich die Nationale Partei vor den Lodzer Arbeitermassen bediente. Es hat sich gezeigt, daß diese Losungen eine

nicht minder starke Wirkung auf den Arbeiter hatten als die Klassenkampf-Losungen, mit denen die PPS operierte. Gleichzeitig muß man feststellen, daß die antijüdischen Losungen, deren sich die Nationale Partei bedient, die jüdischen Massen in das Lager der PPS drängen. Das muß sich auf die Ideologie der PPS auswirken, welche mit Rücksicht auf ihren neuen Bundesgenossen oft genötigt sein wird, sich für die jüdischen Massen einzusetzen. Auch die von den Kommunisten der PPS geleistete Beihilfe wird nicht ohne Spuren bleiben, zumal sich die Kommunisten in den sozialistischen Gewerkschaften festgewurzelt haben.“

Dem Blatt erscheint es aber noch als verfrüht, auf die baldige Entstehung einer Volksfront in Polen zu schließen, wengleich in Lodz eine Volksfront unter der Firma der PPS tatsächlich in Wirksamkeit getreten ist. Das Blatt sieht voraus, daß sich jetzt innerhalb der PPS ein Kampf abspielen müsse, der über „das Antlitz der polnischen Sozialisten“ entscheiden werde.

Keine Abwertung der Mark.

Dr. Schacht's Erklärung vor der Reichsbank über die Währungsfrage.

Vor dem Zentralausschuß der Reichsbank sprach am Mittwoch nachmittag Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Stellung Deutschlands zu den internationalen Währungsvorgängen. Seine Rede hat folgenden Wortlaut:

„Die Französische Regierung hat am 27. d. M. der Reichsregierung die von den drei Regierungen in Paris, London und Washington veröffentlichte Erklärung über die Abwertung des französischen Frank zugehen lassen und hat dabei besonders die Aufmerksamkeit gelenkt auf den Absatz 5, in dem die Mitwirkung der übrigen Nationen bei der Durchführung der in der Erklärung formulierten Politik gemeint ist und angeführt wird.“

Die in der Erklärung der drei Mächte befundene Absicht, „den Frieden zu wahren, die Schaffung von Bedingungen zu begünstigen, die am besten zur Wiederherstellung der Ordnung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen beitragen können, und eine Politik zu betreiben, die auf die Entwicklung des Wohlstandes in der Welt und auf die Besserung des Lebensstandes der Völker abzielt“, entspricht vollinhaltlich dem Wunsche und Willen, den der Führer und Reichskanzler in seinen wiederholten feierlichen Erklärungen namens der Reichsregierung vor der Weltöffentlichkeit zum Ausdruck gebracht hat. Ich verweise zum Beleg dessen nur auf die Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 mit ihrem Bekenntnis zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und auf die diplomatische Note der Reichsregierung vom 31. März 1936, die einen umfassenden Friedensplan enthielt. Wenn die Dreimächte-Erklärung es als eines der ständigen Ziele ihrer Politik bezeichnet, „das größtmögliche Gleichgewicht auf dem internationalen Währungsmarkt zu erhalten“, so wird diese Erklärung von uns gern begrüßt, kann aber leider den Hinweis darauf nicht verhindern,

daß durch die englische sowohl wie die amerikanische Abwertung das wirtschaftliche Gleichgewicht auf der Welt auf das empfindlichste gestört worden ist.

Das wird indessen die Deutsche Regierung nicht abhalten, ihrerseits alle Bestrebungen zu unterstützen, die nach der Dreimächte-Erklärung bezwecken, nach und nach, mit dem Ziel der völligen Beseitigung, das gegenwärtige Kontingentierungs- und Währungsregime zu mildern.“

Wenn an solchen Absichten die Abwertung des französischen Frank und ihre Modalitäten gemessen werden, so muß leider festgestellt werden,

daß an der Unsicherheit der internationalen Währungsfrage durch diesen Schritt wenig geändert worden ist.

Radel verhaftet.

Die Verhaftung Radel's, der beschuldigt wird, an der Verschönerung der Trotskyisten teilgenommen zu haben, insbesondere nicht rechtzeitig die Behörden von den Plänen Sionowjew, die ihm bekannt waren, Mitteilung gemacht zu haben, wird jetzt aus Moskau bestätigt. Gleichzeitig mit Radel wurde der Chefredakteur des „Journal de Moscou“ verhaftet. In Leningrad wurden zwölf Spionanten, die Waren zu Bucherzwecken aufgekauft haben, zu fünf bis acht Jahren und sechs zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Der Stellvertreter des Volkskommissars für Post und Telegraphie, Zukow, wurde seines Amtes enthoben und durch Bermann, einen höheren Beamten im Innenkommissariat, ersetzt.

Der Kampf unter den Moskauer Machthabern.

Wie aus Moskau amtlich mitgeteilt wird, ist jetzt auch Jagodas Gehilfe im Volkskommissariat des Innern, der bisherige stellvertretende Volkskommissar Prokofjew, seines Postens enthoben und zum stellvertretenden Postkommissar ernannt worden. Der bisherige stellvertretende Postkommissar Schukow wird in ein anderes Amt versetzt. Zum neuen stellvertretenden Innenkommissar wurde Moses Davidjon Barman ernannt.

Ja, während der Bloß der Goldländer bisher wenigstens für seinen Bereich Stabilität gewährleistet, so ist nunmehr auch diese verschwunden, nachdem die Abwertung des französischen Frank die Abwertung der Schweiz und der Niederlande nach sich gezogen hat. Das Währungsabkommen zwischen den drei Mächten sieht nicht einmal innerhalb dieser drei Währungen ein gegenseitiges festes Verhältnis vor. Ebenjowenig haben die Schweiz und Holland ein solches hergestellt, so daß die Instabilität gegenüber dem bisherigen Zustande noch vermehrt worden ist. Es gibt im Augenblick, nachdem die frühere allgemeine Verknüpfung mit dem Golde aufgehoben ist, außer in Deutschland und drei oder vier anderen Ländern keine Währung in der Welt mehr, die prinzipiell eine feststehende Grundlage hätte, vielmehr sind sämtliche übrigen Währungen teils innerhalb gewisser Grenzen, teils unbefristet willkürlicher Manipulation ihrer Regierungen unterworfen und haben ganz überwiegend auch untereinander kein festes Verhältnis.

„Wenn wir deshalb auch nicht an den Erfolg solcher nicht aufeinander abgestimmter Maßnahmen glauben, so ist Deutschland doch weit davon entfernt, die Maßnahmen, die die Französische Regierung geglaubt hat treffen zu müssen, zu kritisieren oder in irgendeiner Weise zu fördern. Im Gegenteil kann es uns nur sehr willkommen sein, wenn der von der Französischen Regierung laut ihrer Erklärung gewünschte Erfolg eintreten und insbesondere die internationale Zahlungsfreiheit und Zahlungsfreiheit wieder erreicht würde. Auch fühlen wir durchaus die Pflicht, zu prüfen, durch welche etwaigen Maßnahmen unsererseits wir zu der Erreichung dieses Zieles beitragen können. Reichsregierung und Reichsbank sind bei dieser Prüfung ohne Schwanken zu der Entschliebung gekommen, daß wir die durch die Abwertungsmaßnahmen des Auslandes erhöhte Unsicherheit des internationalen Verkehrs nicht noch dadurch vermehren wollen, daß auch wir ein unsicheres Element in die Währungsfrage hineintragen.“

„Die Länder, die mit uns Handel treiben, sollen wissen, daß wir gerade in der Beständigkeit eine unerläßliche Grundlage des internationalen Verkehrs sehen.“

Wir wünschen aber, daß nicht nur das Ausland dies erkenne, sondern es soll auch der deutsche Sporer und Arbeiter sich darauf verlassen können, daß die Nationalsozialistische Regierung keine Kaufkraft und keine Arbeitsleistung in ihrem vollen Werte zu erhalten wünscht.“

„Wenn gelegentlich auch von deutschen Interessenten der Wunsch nach einer Abwertung der Reichsmark laut wird, so möchte ich das Gewicht der Gründe hierfür nicht dadurch übertrieben, daß ich gegen sie im einzelnen polemisiere. Ich möchte für Deutschland vielmehr nur eines sagen, daß das Devisenbewirtschaftungssystem, dessen Unbequemlichkeiten und Mängel wir jederzeit anerkannt haben, durch keine bloße Abwertung überflüssig gemacht werden könnte. Die schwere, aus dem Verfall der Unrecht entstandene Schuldenlast und die Schwierigkeiten unserer Rohstoffbeschaffung zwingen zu ihm. Erst deren Milderung wird die deutsche Devisenkontrolle entbehrlich machen. An der Lösung dieser Frage aber hängt nicht nur das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands, sondern auch aller der Länder, die an einem aufnahmefähigen Markt von 70 Millionen Menschen interessiert sind.“

„Wir sind uns völlig bewußt, daß die gegenwärtige internationale Währungsfrage uns schwere Opfer auferlegt, aber kein Druck wird die Reichsregierung veranlassen, etwas zu tun, was gegen die Interessen ihres eigenen Volkes und Landes ist.“

Dagegen wird die Reichsregierung jederzeit bereit sein, an zweckdienlichen internationalen Verhandlungen teilzunehmen, die unter selbstverständlicher, auch in der Währungsfrage der drei Mächte betonter, Wahrung der nationalen Interessen einem freien internationalen Wirtschafts- und Zahlungsverkehr zustreben. Sollte sich im Anschluß an das Vorgehen der drei Mächte eine solche Möglichkeit ergeben, so werden wir das begrüßen und

zu erneuter Prüfung bereit sein. Inzwischen können und werden wir die Entwicklung in aller Ruhe ansehen und unsere Entscheidungen jeweils nach freiem Willen treffen. Dank unserer Devisenbewirtschaftung haben wir unter der Nationalsozialistischen Regierung die ganze Zeit hindurch eine stabile Wirtschaftsgeschichte in unserer Währung gehabt und werden sie behalten. Dieser ungeheuren für Erzeuger und Verbraucher gleich wichtige Vorteil wiegt alle mit der Devisenbewirtschaftung verbundenen Unbequemlichkeiten auf."

"Die Lage des Welthandels ist beklagenswert."

Berlin, 1. Oktober. (PA) Nach der Reichsbankführung und nach der Bekanntgabe der Erklärung über die Haltung der Reichsregierung in der Währungsfrage empfing Dr. Schacht die Vertreter der Auslandspresse, um ihnen einige zusätzliche Erklärungen zu machen.

Dr. Schacht betonte, der Kernpunkt der Frage liege in der Tatsache, daß das Abkommen der drei Länder in Wirklichkeit keinen Schritt in der Richtung einer Währungsstabilisierung in der Welt bedeute. Wenn in den kommenden Wochen nicht neue ergänzende Verträge abgeschlossen werden, dann dürften, so betonte der Reichsbankpräsident, keinerlei Vorteile für die Weltwirtschaft herauskommen. Er sieht vielmehr

eine Preiserhöhung in den Ländern, die das Abkommen beschlossen haben, darüber hinaus eine Wirtschaftsbemerkung in der Welt.

Eine Abwertung der Mark würde nicht nur in Deutschland Unruhe schaffen, sondern würde das Chaos im internationalen Warenverkehr noch vergrößern. Aus diesem Grunde habe sich die Reichsregierung entschlossen, die Grundlage der Mark nicht anzutasten. Es bestehe aber kein Zweifel, daß die Anordnungen der Westmächte eine neue beträchtliche Belastung für den deutschen Außenhandel und ebenso für den Außenhandel anderer Länder darstelle. Es bleibe Deutschland nichts anderes übrig, als die Verluste wettzumachen, die entstehen können. Dr. Schacht sieht dabei für die anderen Länder keine Berechtigungen, mit irgend welchen Gegenmaßnahmen gegen Deutschland hervortreten. Deutschland gehe es nur darum, die eventuell hervortretenden Verluste auszugleichen. Man könne niemanden zum Abschluß eines freien internationalen Vertrages zwingen. Dabei sei zu bemerken, daß es derartige internationale Verträge bisher nicht gab, denn die Stabilisierung der Währungen beruhte auf dem gegenseitigen Vertrauen. Heute haben fast alle Länder den Goldstandard aufgegeben. Man habe den stillen Vertrag gebrochen und anstelle der Stabilisierung ist die Unruhe getreten. Das sei eine nahezu unmoralische Tat.

Deutschland sei bereit, an allen internationalen Verträgen teilzunehmen, die

1. die internationale Stabilisierung der Währungen bezwecken,
2. die die Aufhebung aller Devisenbewirtschaftungen herbeiführen können,
3. die eine Erhöhung des internationalen Kredits und neue Bedingungen für eine Belebung des internationalen Handels ermöglichen könnten.

Die Lage im internationalen Handel ist heute nahezu beklagenswert. Die Umstände betragen kaum ein Drittel der früheren Weltumsätze. Nirgends sei eine Besserung zu sehen. Man empfinde mehr und mehr die Notwendigkeit, internationale Verträge abzuschließen, um das Dasein der Menschheit zu bessern. Das, was bisher geschehen ist, bedeute keinen Fortschritt. Deutschland wolle diesen Schritt nicht kritizieren, denn jedes Land könne im Rahmen seiner Bedürfnisse die ihm entsprechenden Maßnahmen treffen. Dr. Schacht sehe aber nicht, daß die letzten Maßnahmen einen wirklichen Vorteil bringen. Zum Schluß betonte Dr. Schacht, Deutschland sei zu jeder Zusammenarbeit mit den oben erwähnten Zielen bereit.

Die Bloth-Parität wird aufrecht erhalten.

Warschau, 1. Oktober. Im Zusammenhang mit den Besprechungen, die unter Vorsitz des Generalinspektors Rndz Smigly über Valuta- und Finanzfragen stattgefunden haben, behauptet die Agentur „Przecz“, es sei beschlossen worden, die bisherige Bloth-Parität aufrecht zu erhalten. Diese Entscheidung schließe für längere Zeit die Abwertung des Bloth und die Möglichkeit von Valuta-Experimenten in Polen aus.

Im übrigen verlautet in politischen Kreisen, daß binnen kurzem der Polnische Sejm und Senat zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden würden.

350 Millionen Bloth gewinnt Polen durch die Frank-Abwertung.

In den Finanz- und wirtschaftlichen Kreisen werden verschiedene Mutmaßungen über den Gegenstand der beim Generalinspektur stattgefundenen Aussprache ausgesprochen.

Die Mutmaßungen betreffen das Verhältnis Polens zur Währungs-Verständigung und die Auswirkungen, welche die Abwertung des Frank vorausichtlich in Polen haben wird. Diese Auswirkungen werden, wie jedermann einsehen, zugleich günstige und ungünstige Seiten haben; es handelt sich eben darum, dahin zu wirken, daß die notwendigen Nachteile von vollgünstigen, dauernden und nicht bloß momentanen und scheinbaren Vorteilen aufgewogen werden.

Der oppositionelle „Goniec Warszawski“ (der nebenbei gesagt, in Finanzkreisen beliebteste Freund hat, als manches Sauerlingsorgan) vermochte sich darüber aufschlußreiche Informationen zu verschaffen, die wir nachstehend wiedergeben.

„Frankreich“ — so lauten die Darlegungen des betreffenden Finanzmannes — „hat u. a. zu dem Zwecke abgewertet, um den Weg zur internationalen Zusammenarbeit zu bahnen. Nachdem nun bereits mehrere Tage, in denen es chaotisch zugeht, verstrichen sind, beginnt es schon erkennbar zu werden, daß auch England und Amerika, ungeachtet der noch bestehenden Schwierigkeiten und Vorbehalte, einer internationalen Währungsverständigung beitreten wollen, nachdem das Währungsdumping die erwarteten Resultate nicht gebracht hatte.“

Die Idee der internationalen Zusammenarbeit bricht sich unbedingt siegreich Bahn, obwohl man von einer Stabilisierung der Währungen noch weit entfernt ist.

Man muß aber vorher wissen, auf welchem Niveau der französische Frank verbleibt, bevor das Verhältnis der Währungen zueinander festgelegt werden kann.

„Wenn die endgültige Stabilisierung der führenden Währungen erfolgt sein wird, werden die betreffenden

Lester wird aus Danzig abberufen.

Er soll Untergeneralsekretär des Völkerbundes werden.

Aus Genf wird gemeldet:

Der Völkerbundrat hat am Mittwoch mittag in geheimer Sitzung, in der man zunächst die Danziger Frage behandelte, grundsätzlich beschlossen, den Völkerbundkommissar Lester aus Danzig abzurufen und ihn zum Nachfolger des als Vorkämpfer der Spanischen Regierung nach London verjetzten bisherigen Untergeneralsekretärs Ascarrate zu wählen. Er soll jedoch vorläufig sein Amt in der Freien Stadt Danzig behalten, bis ein Nachfolger gefunden ist.

Der amtliche Bericht

über die Geheimnisung des Völkerbundesrates, in der die Abberufung des Danziger Völkerbundkommissars Lester beschlossen wurde, befaßt, daß der Generalsekretär des Völkerbundes von seiner Absicht Kenntnis gab, Lester an Stelle des ausbleibenden stellvertretenden Generalsekretärs Ascarrate auf diesen Posten zu berufen. Außenminister Eden forderte den Generalsekretär zugleich im Namen seiner Kollegen auf, die Ernennung Lesters erst dann effektiv werden zu lassen, wenn die Frage des Nachfolgers des bisherigen Völkerbundkommissars in Danzig geregelt sei. Der französische Außenminister Delbos und Außenminister Beck schlossen sich den Ausführungen des Vorstanders an. Lester wurde in den Reden die übliche Anerkennung gezollt. Der Rat schloß sich den Vorschlägen des Generalsekretärs und des Berichterstatters unter den angegebenen Bedingungen an.

An Stelle des aus dem Rat ausscheidenden portugiesischen Vertreters soll ein schwedischer Vertreter in den Dreierausschuß eintreten. Der schwedische Vertreter Linden hat sich deshalb mit seiner Regierung in Verbindung gesetzt.

über die

Nachfolge Lesters

wird, wie das „Berliner Tageblatt“ annimmt, zweifellos zunächst mit Berlin und Warschau verhandelt werden. Französische Blätter verzeichnen in Kommentaren zu dem Bericht über die Völkerbundentscheidung das Gerücht, daß an Stelle Lesters ein Pole zum Völkerbundkommissar ernannt werden dürfte.

Die Ernennung Lesters ist höchstwahrscheinlich auf Veranlassung der Britischen Regierung erfolgt, die ihm damit ein tröstliches Zeichen der Anerkennung gewähren wollte. England hätte alsdann übrigens zwei Vertreter, zwei Untergeneralsekretäre. Es verlautet, daß die amtliche Funktion des Völkerbundkommissars in gewissem Grade beschränkt werden soll, so daß er sich nicht mehr mit den inneren Angelegenheiten der Freien Stadt zu befassen haben würde, sondern lediglich als Verbindungsmann zwischen Danzig und dem Völkerbund fungieren sollte. Eine Befähigung bleibt abzuwarten. Der Bericht Lesters über die innere Lage der Freien Stadt soll auf dieser Tagung nicht mehr behandelt werden.

Befriedigung in Danzig.

Die Nachricht von der Abberufung des Kommissars Lester ist in der Danziger Öffentlichkeit mit freudiger Genugtuung zur Kenntnis genommen worden. Man erhofft aus diesem Beschluß, der einem für die Dauer untragbaren

Zustand ein Ende bereitet, günstige Rückwirkungen nicht nur auf das Verhältnis der Freien Stadt zum Völkerbund sondern auch auf die Entwicklung der innenpolitischen Lage. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Freien Stadt, daß auf Betreiben einer der beiden Vertragspartner Danzig und Polen der Kommissar vor Ablauf seiner Amtszeit von seinem Posten abberufen worden ist. Wenn sich der Völkerbundrat jetzt zu diesem schweren Schritt entschlossen hat, so sicher, wie man annimmt, aus der Erwägung heraus, daß der durch den Kommissar in Danzig geschaffene innen- und außenpolitische Zustand auch für Genf zu einer untragbaren Belastung geworden ist.

Keine Gefinnungskompromisse in Danzig.

Zum Abschluß der 16. Deutschlindischen Woche in Danzig, die in diesem Jahre eine ungewöhnlich starke Beteiligung aufwies, sprach am Mittwoch der Gauleiter von Danzig, Albert Forster, vor den Trägern des kulturellen Lebens und der Danziger Lehrerschaft über die kulturellen und völkischen Probleme des deutschen Volkes unter besonderer Berücksichtigung Danzigs. Der Gauleiter betonte, daß der Nationalsozialismus die deutsche Kultur vor dem Bolschewismus gerettet habe und daß auch in Danzig trotz staatsrechtlicher Verschiedenheiten Deutschheit, Kultur und Nationalsozialismus ein gemeinsamer Begriff geworden seien.

Danzig werde in der Gestaltung seines völkischen und kulturellen Lebens den gleichen Weg gehen wie das Reich und auch den Einfluß des Judentums vollständig ausschalten.

Der Danziger Kultusminister Boeck sprach in einer kurzen Schlussansprache den reichsdeutschen Gelehrten für ihre Mitwirkung an der Danziger Deutschlindischen Woche seinen Dank aus. Der Kultusminister erklärte mit starkem Nachdruck, daß die gesamte Erziehungsarbeit in den deutschen Schulen Danzigs nur von nationalsozialistischem Geiste getragen sein dürfe, da Volkstum und Nationalsozialismus auch in Danzig nicht mehr zu trennen seien. In den Danziger Schulen sei kein Platz mehr für den Geist der Verfälschung und für arifremde Literatur. Mit der Führehrung wurde die Tagung geschlossen.

Abrüstungsausschuß wieder eingeseht.

Das Präsidium der Völkerbundversammlung hat am Mittwoch abend entsprechend dem Antrag der nordischen Staaten und Hollands beschlossen, den Ausschuß für Abrüstungsfragen, der seit fünf Jahren nicht mehr getagt hat, wieder einzusetzen. Seine Aufgabe soll es sein, Vorschläge für die Wiederherausgleichung der Abrüstungskonferenzen zu machen. Man erwartet, daß die Arbeit sich auf der Grundlage bewegen werde, die in den Reden des englischen und des französischen Außenministers enthalten sind.

Das Präsidium hat ferner das Mandat eines Studienausschusses für eine Europäische Union, der im Jahre 1930 eingeseht wurde, aber seit vier Jahren nicht mehr getagt hat, um ein weiteres Jahr verlängert. Dem Verlangen Simoniows nach einer neuen Tagung dieses Ausschusses ist jedoch nicht entsprochen worden.

Annahme der Währungsvorlage durch die Pariser Kammer.

Paris, 1. Oktober. (Eigene Meldung) Die Kammer nahm kurz nach 2 Uhr früh mit 351 gegen 217 Stimmen die Währungsvorlage in der vom Finanzausschuß der Kammer wiederhergestellten Fassung an und vertagte sich dann um 11,30 Uhr. Die Kammer hat also im Einvernehmen mit der Regierung die Forderungen des Senats abgelehnt, so daß ein Konflikt entstanden ist.

Im Senat ist nach zweiseitiger Debatte die Währungsvorlage mit einer Stimmenmehrheit von 141 gegen 125 Stimmen angenommen worden und zwar im Wortlaut, wie er von der Finanzkommission festgelegt worden ist.

Bei der Aussprache im Senat gab es u. a. heftige Oppositionsreden gegen die Vorlage. U. a. wurde die Streichung der Vollmachtsklauseln für die Regierung gefordert. Die Beratungen im Senat drohten wiederholt zu einem Sturm auszuweichen. Die Mehrheit, die die Regierung bei der Abstimmung über die Vorlage erhielt, ist allerdings nur sehr gering.

General Franco — Chef des Spanischen Staates.

Aus St. Jean de Luz wird gemeldet:

Die nationalen spanischen Rundfunkender haben am Mittwoch nachmittag eine Verordnung der Nationalen Regierung bekanntgegeben, durch die General Franco zum Chef der Regierung und des Spanischen Staates erklärt wird. Die Sender begleiteten diese Nachricht mit einer Würdigung der einflussreichen Persönlichkeit General Francos. Gleichzeitig hat die Nationalregierung in Burgos General Franco, der bisher Oberbefehlshaber der nationalen Särdarmee war, zum Obersten Befehlshaber der gesamten nationalen Streitkräfte ernannt. In dieser Eigenschaft führt er den Titel „Chef der Spanischen Armee“.

In dieser neuen Eigenschaft hat General Franco dem befreiten Toloso und der Verteidigern des Alkazar seinen ersten Besuch auf der Burg abgestattet und ihrem Kommandanten, Oberst Mesa-Cardo, das Kreuz des San-Fernando-Ordens mit den Worten überreicht: „Ich verleihe hiermit das Kreuz des San-Fernando-Ordens Spanien und Ihrer ganzen Truppe als den größten Helden Spaniens“.

30 Kilometer vor Madrid.

Die Truppen des Generals Franco, die nach der Eroberung Tolosos und der Befreiung der heldenmütigen Verteidiger des Alkazar die nach Madrid ziehenden Marschieren verfolgen, haben auf ihrem beschleunigten Vormarsch mit ihrer Spitze bereits den Ort Nlescas erreicht, der nur noch 30 Kilometer von der spanischen Hauptstadt entfernt ist.

Wasserstand der Weichsel vom 1. Oktober 1936.

Aratau	-1,62	(-1,53)	Zawichost	+2,30	(+2,08)	Warschau	+0,96	(+0,91)
Bloch	-	(+0,55)	Thorn	+0,51	(+0,51)	Jordon	+0,49	(+0,50)
Culm	+0,33	(+0,35)	Graubenz	+0,51	(+0,56)	Kurzebrak	+0,67	(+0,71)
Bietel	-0,08	(-0,04)	Dirschau	-0,15	(-0,12)	Eimlage	+2,48	(+2,16)
Schleisendorff	+2,61	(+2,38)	(In Klammern die Meldung des Vortages)					

Bommerellen.

1. Oktober.

Graudenz (Grudziadz)

× Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Freitag, abends von 8 Uhr ab statt.

× In seiner außerordentlichen Hauptversammlung nahm der Graudenz Ortsverein der Tierzüchter das neue Statut an und beschloß den Eintritt in die kürzlich in Warschau entstandene Vereinigung der Tierzüchtervereine.

× Der Verschönerungsverein hat beschlossen, in diesem Jahre nicht die Verteilung der Prämien im Balkon-, Fenster- und Vorgärtchen-Schmuckwettbewerb mit der Hauptversammlung zu verbinden.

× Aus der Rühlhalle des Schlachthaus wurde dem Fleischermeister Bernard Klab, Getreidemarkt (Plac 23go Stycznia) 29, das Fleisch einer halben Kuh im Werte von 150 Zloty entwendet.

× Aus der Radfahr-Abteilung des SCG. Die Tourenfahrer des SCG sind in diesem Sommer besonders reger. Fast allmonatlich finden Ausfahrten in die nahe und weitere Umgegend statt.

× Bekräftigte Reichsgläubigkeit. Bei einer alleinstehenden Frau erschien ein sympathisch aussehender junger Mann, bestellte Grüße von Thorner Verwandten der Dame, und war über diese Verwandtschaft sehr gut orientiert.

× Der unwillkommene Steuerexektor. Auf eine eigenartige Idee kam vor einiger Zeit der in Nieder-Gruppe (Dolna Grupa), Kr. Schwab, wohnhafte Privatbeamte Jan Nowicz, um den bei ihm erschienenen Steuerinspektor Kommissar aus Schwab, der zwecks Möbelpfändung wegen nicht entrichteter Steuern gekommen war, einen Scherz einzujagen und vielleicht damit die Pfändung zu verhindern.

× Als Viehdieb produzierte sich in der Nacht vom 20. Juni d. J. der schon wegen Eigentumsvergehen mehrmals bestrafte Josef Kos aus Dobrze, Kreis Schwab. Er stahl nämlich einer Frau Dausz in Treul bei Neuenburg eine Kuh im Werte von 180 Zloty.

Thorn (Torun)

Fehlen am Thorner Weichselufer mechanische Einrichtungen zum Warenumschlag?

Dies wird im Bericht zum Thorner Vierjahresplan (vgl. Deutsche Rundschau Nr. 222 vom 25. September 1936) behauptet und mit diesem Fehlen der weitere Ausbau des Ladefahrs und die Beschaffung einer solchen mechanischen Einrichtung begründet.

Dazu ist zu berichten, daß jene Behauptung nicht stimmt. Denn der große eiserne Kran, der bis 1500 Kilo (also immerhin 30 Zentner) je Hub schaffte, steht heute noch kaum zehn Meter vom Ladegleis entfernt; allerdings ist er in einem stillen Winkel „beiseite“ geschoben und fristet hier ein geruhames Dasein.

Erwähnenswert ist, daß hier seit altersher eine „Binde“ an der Weichsel gestanden hat, die der schnellen Be- und Entladung von Massengütern gedient hat.

Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß die meisten Weichselkähne mit Masten versehen waren. Mit Hilfe dieser, dem drehbar eingehängten Nebenmast und dem anderen Zubehör, wußten die Schiffer allzeit sich selbst eine mechanische Be- und Entladung ihrer Fahrzeuge zu schaffen.

Die bemerkenswertesten höchsten Wasserstände der Weichsel,

also die über 6 Meter über Normal reichenden Hochwasser, waren hier auf verschiedenen Stellen unweit des Stromufers zum „ewigen“ Gedächtnis unverrückbar angebracht.

Diese Höhenmarkierung gerade an dieser Stelle war darum so wichtig, weil sie den Beschauer die volle Auswirkung eines solchen Wasserstandes ungefähr leise ahnen ließ und er an Ort und Stelle sich davon überzeugen konnte, daß die Meldung der Chronisten jener Zeit, damals wäre man mit Kähnen in der Straße gefahren, den Tatsachen entsprochen habe.

Daß diese eisernen Tafeln mit ihren deutschen Monatsnamen bisher an ihren Plätzen verbleiben durften, hat bei vielen, die sich offene Augen für die veränderten Zeitverhältnisse behaupten, oft stilles Schmunzeln hervorgerufen und die Frage aufkommen lassen, wann wohl diese harmlosen Tafeln an die Reihe kommen und der beliebten Entdeutschungspolitik logischerweise zum Opfer fallen würden.

Jetzt sind nun diese Tafeln entfernt und durch neue, noch nicht ein Mädel so große und darum recht wenig in die Augen fallende ausgetauscht worden.

im ersten Sommer nach der politischen Umgestaltung die Brückentor-Tafel schon einmal entfernt und mehrere Monate verschunden war. Allgemein nahm man damals an, geschäftstüchtige Langfinger hätten sie verschrottet und zu „Neusilber“ gemacht.

Weitere bereits polnisch beschriftete Hochwassermarken am Thorner Ufer befinden sich auch, was vielen unbekannt sein dürfte, am Fuße des ersten Pfeilers der Eisenbahnbrücke, der trotz seiner hohen Lage ja auch schon mehr als einmal von den reizenden Weichselstuten umpflügt war.

Der Wasserstand der Weichsel fiel von Dienstag bis Mittwoch früh um 7 Zentimeter auf 0,51 Meter über Normal. — Im Weichselhafen trafen ein die Schlepper „Banda I“ mit drei Kähnen mit Getreide, Mehl und Schrot aus Plock, „Bawaria“ mit einem leeren, einem mit Sammelgütern und drei mit Zuder beladenen Kähnen aus Brahemünde, sowie „Gdynia“ mit drei leeren und zwei mit Wolle beladenen Kähnen aus Danzig.

Der Apotheken-Nachdienst von Donnerstag, 1. Oktober, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 8. Oktober, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 4. Oktober, hat in der Innenstadt die „Central-Apotheke“ (Apteka Centralna), Culmerstraße (ul. Chelminska) 6, Fernsprecher 2043.

Neue Brotpreiserhöhung. Infolge weiteren Anziehens des Preises für 50prozentiges Roggenmehl von 26 auf 30 Zloty hat die Stadtverwaltung auf Antrag der Bäckerei- und nach genauer Prüfung derer Kalkulation den Preis für ein Kilo Roggenbrot mit 0,32 Zloty festgesetzt.

Der Thorner Kynologen-Klub veranstaltete am Sonntag auf seinem eigenen Plak an „Pils“ eine große Dressurprüfung, zu der sieben Hunde des ersten und fünf des zweiten Kurus gestellt waren.

Neben vier kleinen Diebstählen, die aus Stadt- und Landkreis Thorn zur Anzeige gebracht und von denen bereits zwei aufgeklärt wurden, verzeichnet der letzte Polizeibericht noch zwei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und sechs Verstöße gegen die Bestimmungen der Wegeordnung.

Schwerer Motorradunfall bei Pomlau.

In Pomlau ereignete sich auf der Chaussee ein schwerer Unfall, bei dem der 31-jährige Danziger Staatsangehörige Albert Antenrieb aus Varenhütte schwer verletzt wurde. Gegen 4,30 Uhr morgens passierte ein Bauer mit seinem Fuhrwerk die Unfallstelle und benachrichtigte sofort einen Arzt in Mariensee.

el Briesen (Wabrzejno), 30. September. Dem Landwirt St. Kopeć aus Orschan wurden aus dem Schuppen andertalß Zentner Tabak gestohlen.

h Gorzno, 30. September. Der Gastwirt St. Behrendt von hier hatte in der Strassburger Niederlage verschiedene Monopolwaren wie Schnaps, Tabak, Zündhölzer usw. gekauft und die Waren auf ein Fuhrwerk verladen.

Graudenz.

Oktoberfest der Deutschen Bühne Grudziadz e. V. Am Sonnabend, d. 10. Okt. 1936 um 20 Uhr im Gemeindehause:



Kirmes im Olympischen Dorf. 3 Musikkapellen. 3 Tanzflächen. Gesuche um Einladungen an die Geschäftsstelle Mala Groblowa, Ecke Mickiewicza 10. Telefon 2035.

Der deutsch-lath. Gesellenverein „Grudziadz“ begehrt am Sonntag, dem 4. Oktober d. J. in den Räumen des „Sportklubhauses“ Wpobickiego 39/40 sein

38jähr. Stiftungsfest verbunden mit Konzert, Theater u. Tanz. Kasseneröffnung 19 Uhr. Beginn 19.30 Uhr. Eintrittspreise: 49 und 99 gr. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.

Fahrräder u. Zubehör in bester Qualität kaufen Sie am billigsten bei Heinz Makowski, Mniszek.

S. C. G. Radf. Abt. Sonntag, d. 4. 10. 36, ab 7.30 v. Clubhaus: Abfahren nach Schönbrück. Dort Treffen mit dem R.-B. Marienwerder, sowie 50-km-Rennen. 6917

Empfehle Autotaxen u. Privatautos, u. a. neue Polski-Fiat, 6stgig. für weit. Fahrt, usw. Festlichkeiten. Gardziowski Grudziadz, Sobielkiego Nr. 13. Tel. 1433. 6750

Emil Romey Papierhandlung Torunska Nr. 16 Telef. Nr. 1438 6868

„Fiat“-Limousine 521 6-Sitzer in best. Zustb., billig zu verkaufen. 6921 W. Roeder, Grudziadz, Central-Hotel, Plac 23go Stycznia. 2-Zimmerwohnung mit Zentralheizg. sofort zu vermieten. Witul, ul. Stajicza 5. 6913

Richtl. Nachrichten. Sonntag, den 4. Okt. 1936 (17. Sonntag u. Trinitatis) * bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst (Ente-dantfest), Pfarrer Dieball, vorm. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 2 Uhr Taufsummen-gottesdienst. Montag abds. 8 Uhr Jungmädchenverein. Dienstag abends 8 Uhr Posaunenchor. Mittwoch nachm. 5 Uhr Bibelstunde. Donnerstag abends 8 Uhr Jungmännerverein. Freitag abends 8 Uhr Jungvolk-Heimabend.

Evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr Erntedankfest: Festgottesdienst mit Opfergang, Pf. Gürtler. Gruppe. Vorm. 10 Uhr Erntedankfest-Gottesdienst mit Opfergang. Modrau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst* (Erntedankfest).

Rehden. Vorm. 10 Uhr Erntedankfest-Gottesdienst*, 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch nachm. 5 Uhr Missionsgottesdienst. Schwab. Vorm. 10 Uhr Erntedankfestgottesdienst. Dulzig. Nachm. 3 Uhr Erntedankfestgottesdienst.

Thorn.

Deutsches Heim Torun. Am Donnerstag, dem 1. Oktober 1936. Gisbein- u. Flak-Gffen dazu Antich von Okocimer Swietojanski, wozu freundschaftlich einladet Fr. Freintng.

Hebamme erweist Rat nimmt Bestellungen entgegen. Sauberite u. Jorq. Be-handl. Friedrich, Torun, Sw. Jakobs 15. Tel. 2201. 712

Rirchliche Nachrichten. Sonntag, d. 4. Oktober 1936 (17. Sonntag u. Trinitatis) * bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr Erntedankfest. Ubr. Gottesdienst*. Altstadt. Vorm. 10 1/2 Uhr Erntedankfest*, danach Kindergottesdienst. Evgl.-luther. Kirche Badestr. (Strumtkowa) 8. Vorm. 10 Uhr Predigt-gottesdienst* (Erntedankfest), Sup. Brauner. Bodgora. Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Jungmädchenstunde. Rudat. Nachm. 5 Uhr Gottesdienst. Resan. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst*. Otkotshin. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst. Gostau. Vorm. 8 Uhr Gottesdienst*.

